

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 35/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Rüdiger Reitz zum  
Evangelischen Kir-  
chentag im Ruhrgebiet:  
Fönstimmung im  
Protestantismus.

Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB  
zu Überlegungen des  
Bundesbildungsmini-  
sters: Plädoyer für  
einen kooperativen  
Föderalismus.

Seite 2

Dieter Schanz MdB zur  
jüngsten Entwicklung  
im Kambodscha-Kon-  
flikt: Jakarta muß die  
Lösung bringen.

Seite 3

Hans Urbanlak MdB zur  
Perspektive des euro-  
päischen Binnenmark-  
tes: Die Kapital-Seite  
wird das Sagen haben.

Seite 4

Dr. Uwe Jens MdB zur  
Verabschiedung des  
Gesetzes gegen Wirt-  
schaftskriminalität vor  
15 Jahren: Der schwere  
Kampf gegen das Ver-  
untreuen und Ver-  
schieben.

Seite 5

46. Jahrgang / 107

10. Juni 1991

### Fönstimmung im Protestantismus Zum Evangelischen Kirchentag im Ruhrgebiet

Von Rüdiger Reitz

Der soeben zu Ende gegangene 24. Evangelische Kirchentag unterliegt in der öffentlichen Bewertung sehr unterschiedlicher Sichtweisen. Und das ist gut so. Denn dieser Kirchentag war bis zuletzt auf der Suche nach einem verbindenden Gesamtthema. Eine geistliche Losung, ein Jahr zuvor ausgegeben, entwickelt nicht immer die erforderliche Integrationskraft.

Es kristallisiert sich dann doch noch so etwas wie ein Gesamtbewußtsein heraus: Wir leben in der Einen Welt, in der jeder an seinem Ort erhöhte Verantwortung für das Ganze trägt. Von einer neuen Sichtweise der Natur hängt das Überleben der Menschheit und das persönliche Glück des Einzelnen ab. Die Zeit dazu drängt.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse hatte es am SPD-Stand auf dem Markt der Möglichkeiten, wo Beschäftigungsinitiativen aus Ost- und Westdeutschland mit der SPD zusammenarbeiteten, so formuliert: Solidarisches Handeln im vereinten Deutschland ist der Lernpfad für das Teilen, für den Ausgleich zwischen Nord und Süd. Schaffen wir das erste nicht, entgleitet uns auch das andere.

Dies war der etwas dünne, aber doch noch erkennbare rote Faden dieses 24. Evangelischen Kirchentages. Damit empfiehlt sich der deutsche Protestantismus über diesen Kirchentag hinaus als eine weiterhin beachtenswerte gesellschaftliche Kraft.

Kirchentage sind immer Zeiteinsagen gewesen. Auch dieser. Trendthemen gilt es zu erkennen: Ehrfurcht vor dem Leben (darum war der Albert-Schweitzer-Infostand so gefragt); multikulturelle Gesellschaft (ein Zukunftsthema); Menschenrechte; Frauen in der Kirche; Lebenshilfen (auffällige Zunahme von Infoständen zu Fragen wie Tod, Sexualität, Alter).

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed on recycled paper  
zu verwenden  
Recycling-Papier



Aber auch das ist zu berichten. Der Fundamentalismus im evangelikalen Spektrum der Evangelischen Kirche nimmt zu. Andererseits zeichnet sich eine breite Hinwendung zur unideologischen Kapitalismuskritik als Folge der globalen Herausforderung ab. Zum erstenmal wurde bei einem Abschlußgottesdienst demonstrativ ein riesiger Hundertmarkschein als Gestaltungsmittel heringetragen, begleitet von der Stimme eines Nachrichtensprechers mit der Angabe des neuen Börsenindex. Hier sollte gerade die SPD darüber nachdenken, daß sie wieder ganz neu mit Erwartungen einer zukünftigen Kanzlerschaft Björn Engholm als eine nach wie vor demokratisch-sozialistische Veränderungsgröße gehandelt wird. Gebt nur nicht dieses sozialdemokratische Erbe auf, hörte man immer wieder am SPD-Stand.

Und die SPD selbst auf dem Kirchentag? Sie war mit über 70 VertreterInnen dabei: Bei den großen Hallenveranstaltungen (Willy Brandts fulminante Rede zur zukünftigen Rolle Deutschlands in Europa vor 10.000 Menschen in der Westfalenhalle); bei Bibelarbeiten (Johannes Rau witzig und spritzig in Hochform), auf dem Markt der Möglichkeiten. Gerade dort unter dem Eindruck eines Zulaufs, der den 2. Dezember 1990 vergessen macht, wurde wieder einmal deutlich, wie unverzichtbar unkonventionelle und innovative Darstellungsmittel in der Vertrauensarbeit außerhalb der Partei sind. Das Grundmotto "Der Ökumenische Prozeß darf nicht platzen. Er braucht den Dialog mit der Politik" war eingebettet in ein Seifenblasenspiel: Man drängte heran, um die faszinierende Welt der Träume und Visionen selbst herzustellen. Im Kommentar von Regime Hildebrandt auf der Wandzeitung: "Weiterhin viele gelungene Blasen".

Was auch heißen kann: Die Erwartungen vieler Kirchentagsbesucher an einen Regierungswechsel in Bonn nicht fahrlässig platzen zu lassen.

Die CDU/CSU muß die Fönstimmung im Protestantismus gefühlt haben. Der Bundeskanzler war zum dritten Male hintereinander, nachdem er im Frankfurter Waldstadion beim Abschlußgottesdienst ausgepiffen wurde, nicht dabei.

(-/10. Juni 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Plädoyer für einen kooperativen Föderalismus Zu Überlegungen des Bundesbildungsministers

Von Eckart Kuhlwein MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Bundesbildungsminister Rainer Ortleb hat vor kurzem in einem Pressegespräch mehr Kompetenzen für den Bund in der Bildungs- und Kulturpolitik gefordert. Das Echo auf seine Überlegungen war nicht gerade freundlich. Ein maßgebender Kommentator sah darin sogar einen Rückfall in die zentralistische Vergangenheit der Republik, in der Ortleb bis 1990 gelebt und gewirkt hat.

Versuche des Bundes, den Verfassungsauftrag der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse auch in der Bildungspolitik umzusetzen, hat es immer wieder gegeben. Die Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau sowie Bildungsplanung und Forschungsförderung lassen den Bund seit 1969 in wichtigen Bereichen des Bildungswesens mitwirken. Kompetenzen im Schulbereich hat der Bund jedoch niemals ernsthaft in Aussicht gehabt, sieht man einmal von gemeinsamen Modellversuchen über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung ab. Sie gehören nach dem Grundgesetz unbestritten zum Kernbereich der Zuständigkeiten der Länder, die selbst mit verfassungsändernden Mehrheiten nicht vom Bund in Anspruch genommen werden dürften.

Minister Ortleb liegt dennoch mit seiner Analyse der Praxis des föderativen Bildungssystems nicht ganz daneben. So kann der Föderalismus doch nicht gemeint sein, daß Kinder und Eltern bei Umzügen zwischen Nord und Süd oder Ost und West darunter zu leiden haben. Die in der KMK vereinigten Kultusminister sind in der Vergangenheit den Beweis schuldig geblieben, daß sie in freiwilliger Vereinbarung all jenes garantieren würden, was für Arbeitnehmer und Auszubildende in der EG ab 1993 selbstverständlich werden soll: Freizügigkeit und Benachteiligungsverbot. Ob sie diese EG-Normen künftig innerstaatlich konfliktfrei einlösen werden, darf mit einem Blick auf die von 11 auf 16 angewachsene Runde füglich bezweifelt werden.

Wenn der Bund daran als Gesetzgeber aus verfassungsrechtlichen Gründen schon nichts ändern kann, darf er wenigstens laut auf die Probleme hinweisen und die zuständigen Länder zur Lösung drängen. Er darf auch über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung an gemeinsamen neuen Lösungen mitarbeiten. Kooperativer Föderalismus ist das Gebot der Stunde. Das gilt sowohl für die Beziehungen zwischen den Ländern, als auch zwischen Ländern und Bund. Der Wildwuchs an Schulformen in den neuen Ländern macht deutlich, daß das notwendige Maß an Systematik und Ordnung durch die Kultusminister allein offenbar nicht mehr gewährleistet werden kann.

Es sind vor allem vier Bereiche, in denen die Länder bald zu Vereinbarungen kommen sollten, wenn nicht die bildungspolitische Teilung fortgesetzt werden soll: Die Dauer der Ausbildung, die wechselseitige Anerkennung von Abschlüssen, die Lehreraus- und Weiterbildung, sowie die Rahmenlehrpläne für allgemein- und berufsbildende Schulen und die bessere Abstimmung der letzteren mit den Ausbildungsordnungen. Niemand wird es auf die Dauer ertragen, daß in einem Land die Hochschulreife nach 12, in anderen erst nach 13 Jahren Schulzeit erworben wird. Niemand wird verstehen, warum schulische Abschlüsse von Land zu Land mal anerkannt und mal abgewertet werden. Niemanden ist es zuzumuten, als Lehrer ein neues Studium beginnen zu müssen, weil er oder sie über eine Landesgrenze wechseln will. Und niemand kann nachvollziehen, warum die Teilzeitberufsschule als "zweites Bein des dualen Systems" so wenig Anerkennung findet.

Herr Ortleb wird sich mit seinem jüngsten Vorstoß aus verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Gründen die Zähne ausbeißen. Das ist nicht gut für die Sache. Eine moderate Strategie wäre vielleicht erfolgversprechender gewesen. Aber diejenigen, die jetzt über ihn herfallen, sollten zunächst die eigenen Schularbeiten machen. Wir im Bundestag erlauben uns, uns mitverantwortlich zu fühlen, wohin die Reise in unserem Bildungssystem geht. Wir fühlen uns auch mitverantwortlich, daß die kulturelle und bildungspolitische Integration der beiden Teile Deutschlands ein Erfolg wird. Und wenn der Bundesbildungsminister offensichtliche Probleme beim Namen nennt und Lösungen der dafür Zuständigen anmahnt, dann hat er auch unsere Unterstützung.

(-/10. Juni 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Jakarta muß die Lösung bringen**

**Zur jüngsten Entwicklung im Kambodscha-Konflikt**

**Von Dieter Schanz MdB**

**Asienexperte der SPD-Bundestagsfraktion und  
Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Zu Beginn dieser Woche traf sich der Oberste Nationalrat (ONR) von Kambodscha in Jakarta. Der ONR setzt sich zusammen aus Vertretern aller Widerstandsbewegungen und der Regierung. Gab es bisher noch Schwierigkeiten bezüglich der Position, die Prinz Sihanouk in diesem Gremium einnehmen soll, so ist es der einsichtigen Haltung der Regierung Kambodschas und

Insbesondere Hun Sen zu verdanken, daß hier eine Lösung herbeigeführt werden konnte. Prinz Sihanouk ist Vorsitzender des ONR, Hun Sen sein Stellvertreter, da ihm die eigentlich gebührende Position des Vize von der Khmer-Opposition nicht zugestanden wurde.

Die Pressemitteilungen in den letzten Tagen geben dennoch Anlaß zur Sorge, denn sie sind zum Teil widersprüchlich und dies signalisiert keine gute Entwicklung. Gehen die einen Meldungen davon aus, daß bei einer Verlängerung des Waffenstillstandes nunmehr von ONR ein Interims-Gremium eingerichtet wird, daß bis zum Abhalten von Wahlen die Regierungsgeschäfte übernehmen soll, so ist in anderen Meldungen nachzulesen, daß die Khmer Rouge nicht bereit sind, den Waffenstillstand weiter zu verlängern. Diese Meldung, sollte sie sich bewahrheiten, wäre nicht nur gefährlich, sondern auch in den politischen Konsequenzen für den Prozeß der friedlichen Konfliktlösung katastrophal.

Die Haltung der Khmer mag daher rühren, daß sie sich für ihre Bewegung bei regulären Wahlen nur geringe Chancen bei der Bevölkerung ausrechnen, die gegenüber den Polpotisten größtes Mißtrauen und offene Ablehnung hegen. Dieser Entwicklung ist entschieden entgegenzuwirken. Deshalb ist es hohe Zeit, daß Prinz Sihanouk, der bisher die Khmer Rouge so geschickt für seine Interessen einzusetzen wußte, daß dieser die Vertreter der Khmer Rouge jetzt in ihre Schranken weist und diese somit den nunmehr immer konkretere Konturen annehmenden Friedensprozeß nicht erneut gefährden können.

Dennoch ist die bisherige Entwicklung der Konferenz in Jakarta, an der als Ko-Vorsitzende Frankreich und Indonesien vertreten sind, als ein kleiner Erfolg zu werten, da es endlich weiter geht im Dialog zwischen den sich bekämpfenden Gruppen, die Divergenzen zwischen den Auffassungen nun klar ausgesprochen sind und so die Ansatzpunkte für Lösungen sichtbar geworden sind.

(-/10. Juni 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Die Kapital-Seite wird das Sagen haben**  
**Zur Perspektive des europäischen Binnenmarktes**

**Von Hans Urbaniak MdB**

Mit dem 1. Januar 1993 wird der ungehinderte und freie Warenverkehr in der EG verwirklicht werden. Bestehende Handelshemmnisse werden abgebaut sein und die Konkurrenz zwischen den Unternehmen wird sich erheblich verschärfen. Die Arbeitnehmer werden von dieser Entwicklung nicht unberührt bleiben.

Betrachtet man den Sozialraum der EG nach konkreten Vorhaben für den Schutz, die Mitwirkung beziehungsweise die Mitbestimmung für Arbeitnehmer in den Unternehmen, so kommt man zu einem erschreckenden Ergebnis. Die Vorschläge der Brüsseler Kommission sind so ausgerichtet, daß es keine Perspektive für Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften in der Mitbestimmung gibt. Die Euro-AG hat die Auswahl, welches Modell an Mitwirkung der Arbeitnehmer eingeführt werden soll, wobei sie die unterschiedlichsten Wahlmöglichkeiten von dem doppelten Stimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden bis zum Letztentscheidungsrecht der Aktionäre hat. Das heißt, daß die Kapitaleseite in jedem Fall das Sagen haben wird und in keinem Fall wird man sich nach den sozialdemokratischen Erfahrungen für eine paritätische Mitbestimmung entscheiden.

Der Vorschlag des Europäischen Parlaments, das für die Einführung der Mitbestimmung ein Schlichtungsverfahren vorsieht, ist von der Wirtschaft - wen wundert es - abgelehnt worden. So wird es wohl weder zu einem Eurobetriebsrat noch zu einer wirksamen Mitbestimmung für die Arbeitnehmer kommen. Es wird bei den unterschiedlichen nationalen Regelungen bleiben, was man nur als enttäuschend bezeichnen kann. Die EG-Kommission hat die einmalige Chance vertan, ein Gegengewicht zu schaffen gegen die zu erwartende Übermacht der Konzentrationswelle der Unternehmen. Damit bleibt der Sozialraum zum Schutz der Arbeitnehmer lediglich auf ein Mindestmaß beschränkt.

Die Bundesregierung hat trotz ihrer großen Ankündigungen auf dem Gebiet wieder einmal nichts erreicht. Die Mitbestimmung und die Arbeitnehmerrechte bleiben, wie so oft, auf der Strecke.

(-/10. Juni 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Der schwere Kampf gegen das Veruntreuen und Verschieben**  
**Zur Verabschiedung des Gesetzes gegen Wirtschaftskriminalität vor 15 Jahren**

Von Dr. Uwe Jens MdB  
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Am 10. Juni 1976 wurde im Deutschen Bundestag das Erste Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität verabschiedet mit dem Ziel, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs beständig zunehmende Kriminalität im Wirtschaftsverkehr einzudämmen.

Trotz vielfältiger Bemühungen seitens der Praxis und Rechtspolitik in den vergangenen 15 Jahren hat sich die Kriminalität in diesem Bereich besorgniserregend weiterentwickelt. Allein der angeklagte Schaden belief sich schon im Jahre 1981 auf 3,6 Milliarden DM. Die Dunkelziffer des Schadens für die Volkswirtschaft ist unvergleichlich viel höher. Einzelne Schätzungen gehen sogar davon aus, daß er sich jährlich auf über 100 Milliarden DM belaufe.

Was ist überhaupt Wirtschaftskriminalität? Eine allgemeine gültige Definition dieses Begriffes gibt es bis heute nicht. Der Schwarzfahrer oder der kleine Ladendieb gehören jedenfalls nicht dazu. Bei der Wirtschaftskriminalität geht es um große und größte Summen, die erschlichen, veruntreut, verschoben, gewaschen, vorbeigelenkt oder sonstwie unrechtmäßig abgeschöpft werden. Die Palette der Delikte reicht von hinterzogenen Steuern und Schwarzarbeit, von Rezept-, Versicherungs-, Kredit-, Kapitalanlage- und Ausschreibungsbetrügereien über erschwindelte Subventionen und Hormone im Kalbfleisch bis hin zu Devisen- und Parteispendenbetrug und illegalen Lieferungen chemischer Produkte.

Wirtschaftskriminalität macht vor Ländergrenzen nicht halt. Sie kann einzeln und organisiert begangen werden. Wirtschaftliche und technische Weiterentwicklungen erzeugen neue Formen von Kriminalität. Straftaten im bargeldlosen Zahlungsverkehr und Computerkriminalität werden von BKA-Experten mit steigender Tendenz registriert.

Wirtschaftskriminalität scheint eine zwangsläufige Begleiterscheinung einer demokratisch verfaßten Gesellschaft und eines liberalen Wirtschaftssystems zu sein. Nationale und internationale Verflechtungen, offene Grenzen und offene Märkte funktionieren mit geringen staatlichen Kontrollmechanismen. Die freie Marktwirtschaft lebt von der Risikobereitschaft des Unternehmers. Die Grenze, wo das erlaubte Risiko aufhört, Geschäftstüchtigkeit in kriminelles Handeln übergeht, ist fließend. Der extrem harte Konkurrenzkampf und das Streben nach immer höherem Lebensstandard führen dazu, daß moralische und gesetzliche Grenzen überwunden werden. Wer in diesem Wettbewerb überleben will, muß sich den veränderten Maßstäben anpassen. Seriose Geschäftstüchtigkeit bleibt da häufig auf der Strecke.

Über die Wirtschaftskriminalität in einer Kommandowirtschaft alten Typs gibt es keine Untersuchungen. Vorstellbar ist aber durchaus, daß trotz größerer Kontrollen dort der kriminelle Schaden nicht kleiner, sondern größer wäre. Aber darum geht es hier nicht. Das jetzt 15 Jahre alte Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität hat das Problem nicht in den Griff bekommen. Die sogenannte Vorfeldwirkung des Gesetzes wird vom Bundeskriminalamt bezweifelt; die Anwendung ist kompliziert, und das Gesetz selbst ist nur von wenigen Fachleuten zielgerecht anzuwenden. Der Einbau von mehr Kontrollmechanismen, wo immer möglich, zum Beispiel gegen den Subventionsbetrug, wäre ein zusätzlicher Schritt in die richtige Richtung. Trotz der nicht ermutigenden Erfahrung kann das Problem nicht von der politischen Tagesordnung kommen; denn schlimmer als der materielle Schaden ist möglicherweise der Verlust an Vertrauen in die Demokratie und die ökologisch-soziale Marktwirtschaft.

(-/10. Juni 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

#### Berichtigung

Im Artikel "Ein Kontinent versucht den Aufbruch" von Dr. R. Werner Schuster (SPD-Pressedienst vom 7. Juni) haben sich zwei Fehler eingeschlichen. Der Absatz, der nach dem dritten Spiegelstrich auf Seite 2 beginnt, heißt korrekt: "bedingt durch Zinsbelastungen und Rohstoffpreisverfall war der Netto-Kapitalabfluß aus den Ländern Schwarzafrikas von 1980 bis 1989 mit 183 Milliarden Dollar höher als der gesamte, aus Krediten, Entwicklungshilfe und Investitionen gespeiste Netto-Zufluß in Höhe von 128 Milliarden Dollar im gleichen Zeitraum (nach: W. Michler, s.o., S. 420)." Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung.